

Wahlversammlungen der SED bieten höhere Kampfziele

Patenschaftsarbeit mit der Jugendbrigade verbessern

Parteigruppe Klinische Chemie setzt Parteiaufträge zielgerichtet ein

Ausbildung, Weiterbildung, medizinische Betreuung und Forschung - diese Punkte prägen Inhalt und Verlauf der Parteigruppenwahlversammlungen im Bereich Klinische Chemie. Sehr sachlich und konstruktiv schätzten die Genossen dieser relativ kleinen Parteigruppe den erreichten Stand politischer Arbeit ein und zogen Schlussfolgerungen für eine künftig noch stärkere politisch-ideologische Einfließen, die ihren entsprechenden Niederschlag in der Vergabe der Parteiaufträge finden. In diesen kommt das Bewusstsein der Genossen zum Ausdruck, Aufgaben zu übernehmen, die sich an einen Leistungsanstieg orientieren und damit auch konkret abrechenbar sind. So wurde nicht

nur die Frage erörtert, wie die „Schule der sozialistischen Arbeit“ interessanter gestaltet werden kann, sondern auch der persönliche Beitrag dafür diskutiert.

Reserven wollen die Genossen auch in ihrer Patenschaft mit der FDJ-Jugendbrigade des eigenen Bereichs erschließen und bei spezifischen Problemen diese mit in ihre Arbeit einbeziehen. Genosse Hellthaler verwies auch auf die Notwendigkeit, daß die beiden Arbeitsgruppen der klinischen Chemie, die Lipid-Forschung und die Medizinische Laboratoriumsdiagnostik, noch enger zusammenarbeiten, und zur Verbesserung der Qualität von Lehre und Erziehung die Lehrkonzeption dem



gesamten Assistentenkollektiv zur Diskussion vorzulegen.

Zum Parteigruppenorganisator wählte die Parteigruppe erneut **Wilfried Krüger** (im Bild links). Der Diplomchemiker ist Assistent in der Arbeitsgruppe Medizinische Laboratoriumsdiagnostik und bereitet gegenwärtig seine Promotionsarbeit zum Einreichen vor. Genosse Krüger ist seit 1977 Mitglied unserer Partei.

Atmosphäre war kritisch, selbstkritisch und konstruktiv

Schwerpunktorientierte Führung durch Leitung der GO Chemie

In der letzten Leitungssitzung wurden die Vorbereitungen kontrolliert, in der Mitgliederversammlung und der Anteilung der Parteigruppenorganisator wurde auf die vollzählige Teilnahme an den Wahlversammlungen orientiert, nachdem bereits vorher eine ausführliche inhaltliche Orientierung erfolgte. Die ersten Wahlversammlungen schlossen mit einer hohen Teilnahme als An allen Versammlungen nahmen Leitungsmitglieder teil, in Sitzungen der Leitung der Grundorganisation werden die Wahlversammlungen ausgewertet.

In allen Rechenschaftsberichten der Parteigruppen wurden die drei Hauptpunkte politisch-ideologische Arbeit, fachliche Arbeit der Genossen und Parteiloson und Entwicklung der Parteigruppe analysiert und ausgewertet. Die Diskussionen beschäftigten sich mit den in den Referaten aufgeworfenen Fragen.

Bei den politisch-ideologischen Problemen wurde laut Orientierung der Leitung der Grundorganisation der Schwerpunkt auf die Beantwortung der Frage gelegt: Was haben

wir mit unseren Argumenten, mit unserer Arbeit bei den Parteiloson erreicht, welche Überzeugungen haben wir gefestigt?

Dabei können wir feststellen, daß hier noch bei den studentischen Parteigruppen Reserven liegen; die Leistung der Grundorganisation wird sich darauf konzentrieren, die jungen Genossen stärker in ihrer Arbeit zu unterstützen.

In allen Beschlüssen der Parteigruppen sind klare Festlegungen für alle Genossen gefaßt worden.

Umfangreich wurde sowohl bei den Studenten als auch bei den Wissenschaftlern die fachliche Arbeit eingeschätzt. Die studentischen Parteigruppen beschließen Maßnahmen zur Unterstützung leistungsschwacher Genossen, nachdem Aussprachen über die Ursachen der nichtbefriedigenden Leistungen geführt wurden.

In den Parteigruppen der Wissenschaftler standen zwei weitere Probleme im Mittelpunkt von Berichterstattung und Diskussion:

1. Die Aufgaben in Lehre und Erziehung in den 80er Jahren, dabei

stand im Mittelpunkt die inhaltliche Gestaltung des neuen Ablauplanes und die Einheit von Ausbildung und Erziehung.

2. In der Forschung wurden solche Fragen diskutiert: Wie kann Grundlagen- und angewandte Forschung noch stärker als bisher durch ihre Ergebnisse zur Praxiswirksamkeit gebracht werden?

In der Parteigruppe des Wissenschaftsbereiches Organische Chemie wurde die jährliche Berichterstattung der Genossen über ihre Qualifizierung, auch die Berichterstattung der Betreuer, unter Parteikontrolle genommen. Des weiteren wurde die Parteikontrolle über die geplanten Spitzenleistungen 1982/84 beschlossen.

In der Parteigruppenarbeit standen im Mittelpunkt die weitere Festlegung des Kollektivs, die Erfüllung der Beschlüsse und die Erfüllung der persönlichen Pläne der Genossen.

Die Wahlversammlungen zeichneten sich durch eine kritische und selbstkritische Atmosphäre aus.

Dr. sc. E. Lippmann, GO-Sekretär

Arbeitsentschließung der Parteigruppe spiegelt gewachsene Ansprüche wider

Parteigruppe 6, GO Herder-Institut, orientiert auf neue Aufgaben

Eine der Parteigruppen, die bereits am 1. März 1982 ihre Wahlversammlung durchführten, ist die Parteigruppe 6 des Herder-Instituts. Die Genossen dieser Parteigruppe arbeiten in einem Bereich, dessen Aufgabe es ist, ausländische Studenten mit geiziger schulischer Vorbildung auf ein Hoch- oder Fachschulstudium in 18 oder 24 Monaten vorzubereiten.

Im Rechenschaftsbericht wurde davon ausgegangen, daß diese Arbeit hohen politischen Stellenwert hat, weil Studenten mit geiziger Vorbildung vorwiegend aus solchen Ländern kommen, die unmittelbar im Befreiungskampf stehen oder gerade erst ihre Befreiung vollzogen haben. Dieser Befreiung vollzogen haben. Dieser Schwerpunkt unserer Arbeit bestimmte auch die Rechenschaftslegung für den Berichtszeitraum, dessen Ziel es war, die Erfüllung der Entschließung vom Oktober 1980 zu kontrollieren, den Genossen einen Überblick über die Ergebnisse der persönlichen Gespräche zu geben, die in Vorbereitung der Parteiwahlen vom PO mit allen Genossen geführt wurden und die Parteigruppe für die Erfüllung der Aufgaben im Staatsplan 82 und des Wettbewerbsprogramms zu formieren. Mit Genehmigung konnten die Genossen feststellen, daß nicht nur die in der Entschließung genannten Hauptziele erreicht, sondern auch die daraus ableitbaren 16 Einzelaufgaben erfüllt wurden.

Kritik wurde allerdings daran geübt, daß die Parteigruppe in einem Punkt ihrer führenden Rolle nur ungenügend, gerecht wurde. Sie hatte im Mai 1981 beschlossen, die Erarbeitung einer Konzeption für die Vorbereitung der Studienvereine unter ihre Kontrolle zu nehmen. Es gelang aber nicht, das ganze Kollektiv in die Arbeit einzubeziehen, so daß ein Zeitverzug eintrat, der erst wieder aufgeholt werden konnte, als die Ursachen dafür aufgedeckt wurden und die Parteigruppe kon-

krete Festlegungen traf, deren Realisierung exakt kontrolliert wurde. In der Diskussion nahmen alle Genossen zum Rechenschaftsbericht bzw. zum Entwurf der neuen Entschließung Stellung.

Unsere Arbeitsentschließung spiegelt den gewachsenen Anspruch wider. Abgeleitet vom Kampfprogramm der GO wurden u. a. aufgenommen die regelmäßige Auswertung der Mitgliederversammlungen der GO und der Beschlüsse übergeordneter Leitungen, die Kontrolle der in Vorbereitung der Parteiwahlen von den einzelnen Genossen übernommenen Verpflichtungen, die Gewinnung von Kandidaten, die Arbeit im Wohngebiet, vor allem aber die Suche nach den effektivsten Methoden des

Unterrichts, die schöpferische pädagogische Arbeit, um die erarbeitete Konzeption für die verlängerte Studienvorbereitung inhaltlich auszugestalten. Die vollzählige Teilnahme der 10 Mitglieder und 2 Kandidaten, die aktive Beteiligung aller Genossen, und die würdige Ausgestaltung des Versammlungsraumes ließen die Berichtswahlversammlung in Anwesenheit eines GO-Mitgliedes zu einem Höhepunkt im Leben der Parteigruppe werden. Die einstimmige Wahl des Parteigruppenorganisators und seines Stellvertreters bildeten zugleich den Abschluß des vergangenen Arbeitsabschnitts und Aufruf für die Erreichung neuer anspruchsvoller Ziele.

Ernst Schuster

Mittelmäßige Leistungen sollen überwunden werden

Genossen der Gruppe 81/2, GO Rechtswissenschaft, geben sich mit Erreichtem nicht zufrieden

Zur Berichtswahlversammlung unserer Gruppe 81/2, Rechtswissenschaft, konnten wir den Sekretär der GO, Genossen Siegel, als Gast herzlich begrüßen. Im Rechenschaftsbericht wie auch in der Diskussion kam klar zum Ausdruck, welche hohe Verantwortung jeder Genosse bei der Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitag der SED trägt. Noch nie war der Frieden so bedroht wie heute. Jeder einzelne von uns trägt durch seine Arbeit bei, den Frieden sicherer zu machen. Das ist auch der Maßstab für die Tätigkeit der Genossen unserer Seminargruppe. In der Diskussion konzentrierten wir uns auf die bei uns vorhandenen Reserven hinsichtlich der Studienergebnisse und bei der Durchsetzung einer bewußten hohen Studiendisziplin. Stärker als bisher

muß sich der vorhandene gute Wille in konkreten Ergebnissen dokumentieren. Es genügt nicht, über die großen Ziele zu reden, vielmehr kommt es nun darauf an, hohe Ergebnisse im Studienprozess zu erreichen. Mit der Annahme unserer Entschließung stellen wir uns die Aufgabe, in der Seminargruppe mittelmäßige und schlechte Leistungen zu überwinden. Das ist zugleich eine wichtige Anforderung an die Vorbildwirkung jedes Genossen. Neben der Festlegung unserer Reihen wird auch weiterhin die FDJ-Arbeit Schwerpunkt in unserer Tätigkeit sein. Wir Genossen der Seminargruppe 81/2 werden uns auch künftig mit Erreichtem nicht zufrieden geben und für schöpferische Tatkraft sorgen.

Albrecht Bens

Sie erhielten das Vertrauen der Genossen

Christiane Guntau

Zum neuen Organisator der Parteigruppe Studenten des Fachbereiches Kunstzerziehung wurde Christiane Guntau gewählt. Sie ist Studentin des 1. Studienjahres der Fachrichtung Kunstzerziehung Geschichte und seit Dezember 1981 Mitglied der SED. Christiane hat sich in den letzten Monaten als eine zuverlässige Genossin erwiesen. Noch als Schülerin der Erweiterten Oberschule in Wolfen leistete sie aktive Parteiarbeit. In ihrer Funktion als Agitator der GO ihrer Schule trug sie zur Aktivierung und inhaltlichen Bereicherung der massenpolitischen Arbeit der PDJler bei. Ihr Abitur legte sie mit sehr guten Ergebnissen ab. Christiane ist auch an der Universität eine wichtige Mitstudentin, die immer offen, ehrlich und partiell ihre Meinung vertritt. Wir schätzen sie auch wegen ihrer guten fachlichen Leistungen.

Irene Scheithauer

Elga Eisenschink

„In Auswertung des Wahlergebnisses kann ich feststellen, daß Elga Eisenschink zum Parteigruppenorganisator wiedergewählt wurde.“ Mit diesem Satz des Versammlungsleiters wurde es bestätigt: Auf ihrer Wahlversammlung setzte die Parteigruppe der SG 79-5 der GO Rechtswissenschaft erneut ihr Vertrauen in die junge Genossin Elga Eisenschink, die bereits in der vorausgegangenen Wahlperiode die Funktion des Parteigruppenorganisators ausübte.

Für Genossin Eisenschink ist die Wiederwahl Bestätigung und Verpflichtung zugleich.

Im 1. Studienjahr zum FDJ-Sekretär der Gruppe gewählt, fiel ihr die für sie ungewohnte Leistungstätigkeit nicht leicht, mußte sie erst Erfahrungen sammeln. Durch ihr parteiliches, konsequentes Auftreten fand sie jedoch bald ihren Platz im Kollektiv und Anerkennung durch die Gruppe.

Seit ihrer Wahl zum Parteigruppenorganisator im Februar 1981 gelang es ihr, durch vorbildliche Erfüllung ihrer Funktion in zunehmendem Maße Einfluß auf das Kollektiv auszuüben.

Annett Schornstein

Albrecht Bens

Albrecht hat schon im Jugendverband aktiv mitgearbeitet und ebenfalls während seines dreijährigen Ehrenjahres in den Reihen der Nationalen Volksarmee diese Aktivität unter Beweis gestellt. Er gehört zum positiven Kern unserer Seminargruppe und kämpft stets um gute Studienleistungen. Unsere Seminargruppe hatte ihn schon am Studienjahresanfang in die Funktion des Parteigruppenorganisators gewählt, und wir haben uns nicht in ihm getäuscht. Er hat sich sehr schnell ins Gruppenleben und in die Parteilichkeit hineingefunden und ist ständig offensiv um die ideologische Stärkung und Unterstützung der FDJ-Arbeit unserer Seminargruppe bemüht. Unter seiner Leitung bildete sich eine geschlossene Parteigruppe heraus.

Torsten Gröschel

Heute sind die demokratischen Kräfte mehr denn je gefordert, die Hauptaufmerksamkeit auf die Verteidigung und den Ausbau fortschrittlicher Projekte, auf die enge Zusammenarbeit von Studenten, Dozenten, fortschrittlichen Hochschul- und Wissenschaftlerorganisationen und Gewerkschaften bzw. Gewerkschaften sowie anderen demokratischen Organisationen der Stadt zu legen.

Dies ist von außerordentlicher Bedeutung, wollen wir dazu beitragen, daß die Notwendigkeit und Möglichkeit des Kampfes um demokratische Studieninhalte sowohl von der Mehrheit der Studenten und der anderen Hochschulangehörigen als auch von den arbeitenden Menschen unserer Stadt und ihren Organisationen erkannt wird. In diesem Zusammenhang spielt auch die Verankerung, Verteidigung und der Ausbau von Positionen des Marxismus, als der Wissenschaft der arbeitenden Menschen, an den Fachbereichen eine wichtige Rolle. Da jedoch auch in der Vergangenheit die Studenten nicht alles widerspruchslos hinnehmen, ganz im Gegenteil demo-

doch eine gesellschaftliche Wirklichkeit entgegensteht, die als Repression und Unterdrückung erfahren wird.

Es ist nicht zu übersehen, daß bürgerliche Politiker und Ideologen vielfältige Versuche unternommen, diese Bewegung für sich zu vereinnahmen oder wenigstens durch die Propagierung ihrer individualistischen, klassennegierenden und antikommunistischen Elemente die Verbreitung der Einsicht in die gesellschaftlichen Ursachen für die so empfundenen Missetände, für die fehlende Perspektive, soziale Unsicherheit und undemokratische Tendenzen zu verstellen. Wir sehen die Widerständigkeit der „Alternativen Bewegung“. Wir sehen sie in erster Linie als Ausdruck des spontanen Protestes gegen soziale Unsicherheit und fehlende Berufsperspektive, gegen die Reglementierung und Formierung der Hochschulen, gegen Abbau demokratischer Rechte und Neofaschismus. Wir sehen sie als Ausdruck der berechtigten Sorge vor den Folgen der unkontrollierten Anwendung der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung im sattsam monopolistischen Kapitalismus.

Der Rotstift und der Sozial- und Bildungsetat

Zur Entwicklung an den Westberliner Hochschulen in den letzten Jahren (Schluß)

kratische Positionen in Inhalt und Struktur der Ausbildung an den Hochschulen miterarbeiteten und -erkämpften haben, wurden die Mitbestimmungsrechte in den universitären Gremien weiter beschnitten und das Ordnungsrecht verschärft.

Damit existiert ein Instrument, Studenten, die sich nicht reibungslos in diesen formierten Lehrbetrieb einpassen wollen, zu maßregeln, bis hin zum Ausschluss vom Studium.

Die Lage an den Hochschulen insgesamt zeigt: Es geht nicht nur um die Interessen der Studenten; objektiv wie subjektiv sind immer mehr Hochschulangehörige aus allen funktionalen Gruppen von der undemokratischen und unsozialen Politik des Senats betroffen, hat auch die Bevölkerung - insbesondere die arbeitenden Menschen - die Konsequenzen dieser Politik zu tragen.

Die Verschärfung der ökonomischen Krise hat zu einer erheblichen Verschlechterung der Berufsaussichten von Akademikern geführt. Hieraus ergibt sich für die Konzerne die Möglichkeit der verschärften Auslese.

Bisheriges Ergebnis dieser Politik ist in Westberlin eine Vervielfachung der Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen seit 1974.

Hervorzuheben ist, daß insbesondere beginnend mit der Auseinandersetzung um die Berufsaussichten und um den Abbau der demokratischen Grundrechte die Beschäftigten an den Hochschulen über ihre soziale Interessenvertretung hinaus gemeinsam mit anderen Hochschulangehörigen für die Verwirklichung politischer Forderungen eintraten.

Die eklatante Einschränkung der Möglichkeiten selbständigen Arbeitens in Forschung und Lehre durch das Westberliner Hochschulgesetz, die Verschlechterung ihrer sozialen Stellung durch die Rechtsordnung des Senats, sowie die sich verschlechternde Berufsperspektive führte bei einem großen Teil der Wissenschaftlichen Mitarbeiter und Assistenten zu einem verstärkten hochschulpolitischen Engagement.

Die Krisenverschärfung Mitte der 70er Jahre wirkte sich für die Mehrheit der Studenten ebenso wie für die Mehrheit der jungen Generation auf alle ihre Lebensbereiche aus: Zukunftsangst auf Grund fehlender Berufs- und Lebensperspektive und soziale Unsicherheit führten zusammen mit den oben beschriebenen massiven materiellen Verschlechterungen der Studienbedingungen, der sinnlosen Verschulung und Paktieren im Studium sowie dem Abbau der demokratischen Rechte zu einem tiefen Vertrauensverlust der neuen Studentengeneration und zu einem Mißtrauen gegen alles „Etablierte“, gegen alles, was oft undifferenziert zum Herrschaftssystem gerechnet wird. Dies sind einige Hintergründe einer Entwicklung, die schließlich in einer Welle von spontanen Protesten und in der Entstehung der sogenannten Alternativen Bewegung zum Ausdruck kam. Diese Bewegung ist gekennzeichnet durch die Suche nach Lebensformen, die Selbstverwirklichung und Befriedigung individueller Bedürfnisse und Werte wie z. B. Solidarität ermöglichen, denen je-

Wenn auch die Mehrheit der sich links vernehmenden Studenten an den Westberliner Hochschulen bei den Studentenparlamentenwahlen den spontanen Gruppen ihre Stimme gegeben hat, darf gleichzeitig nicht übersehen werden, daß die am konsequentesten auf die Arbeiterklasse und ihre großen Organisationen, die Gewerkschaften orientierten Kräfte - die Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten (ADSen), in denen unsere Genossen mitarbeiten, und die Hochschulgruppen der Jungsozialisten - heute diejenigen sind, die versuchen, eine kontinuierliche Studentenparlamentarität zu entwickeln und die auch weiterhin über eine beträchtliche Autorität und über Ansehen unter den politisch aktiven Studenten verfügen.

Zu den Erfolgen einer Kampfaktion gehört es schließlich auch, daß das politische Bewusstsein der Kampferden wächst, daß ihre Einheit wächst, daß ihre Zahl sich erhöht, und nicht zuletzt, daß die demokratischen Organisationen gestärkt aus dem Kampf hervorgehen. Man muß aber auch sehen, daß ein dauerhafter Erfolg, die Lösung der Probleme der Mehrheit der Hochschulangehörigen nur in einer durchgreifenden demokratischen Umgestaltung des gesamten Bildungswesens möglich ist. Eine Umgestaltung, die die am Anfang genannten drei Hauptforderungen berücksichtigt:

- die Brechung des Bildungsprivilegs
- die Durchsetzung demokratischer Lehr- und Forschungsinhalte
- die Mitbestimmung und Kontrolle durch die Arbeiterklasse und ihre Organisationen und alle Hochschulangehörigen.

Eine solche Umgestaltung des Bildungswesens ist nicht ohne eine grundlegende Änderung des Kräfteverhältnisses möglich.

Die Tatsache, daß heute auf der einen Seite Unternehmensverbände überall direkt massiven Einfluß auf die Bildungspolitik nehmen bis hin zur Ausarbeitung von Studienplänen in ihrem Interesse, daß auf der anderen Seite aber die Gewerkschaften zum Beispiel in den 23 Thesen des DGB zur Hochschulreform oder im Entwurf zum Grundsatzprogramm des DGB ihre Forderungen zu Wissenschafts- und Hochschulpolitik aufstellen, daß sie selbst schon Vorschläge für Studiengänge ausarbeiten, daß sie zunehmend die Kooperation der Hochschulen mit den Gewerkschaften fordern, alles das läßt heute viel einfacher und augenfälliger erkennen, was die Leitmotive unserer ersten hochschulpolitischen Konferenz 1979 besagte: Bildungsfragen sind Klassenfragen.

Um vor den Schwierigkeiten der Hochschule nicht zu resignieren, um eine sinnvolle Perspektive dieses Kampfes erkennen zu können, muß man diese Zusammenhänge verstehen, muß man den Kampf um eine demokratische Hochschule als Teil des Kampfes um eine demokratische Gesellschaft begreifen, muß man diesen Kampf bewußt an der Seite der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen führen.

- 87 -